

Berner Politik: Wie weit sollen die Träumereien gehen?

Magdalena Martullo

Südostschweiz, 24. Mai 2023

Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die links-grüne Verknappung und Verteuerung ist aufgegangen. Bürger verlieren an Wohlstand, Unternehmen an Investitionen und Arbeitsplätzen. Den Preis bezahlen alle. Steuerzahlern empfiehlt man, bei Kerzenlicht zu lesen, die Daunenjacke auch in der Wohnung zu tragen und zu zweit zu duschen. Bergbahnen und Elektromobile sollen bei Mangellage stillstehen.

Das Parlament hat die Bodenhaftung verloren, hält an der Ideologie fest mit leeren Versprechen und grossen Subventionen. Das vom Volk abgelehnte CO₂-Gesetz wurde bereits mit Milliarden Subventionen neu lanciert. Mit dem Klimaschutzgesetz, genannt Stromfressergesetz, sollen wir am 18. Juni aus Öl, Gas, Benzin und Diesel aussteigen. Und diese bereits ab 2031 halbieren. Eine Verdoppelung der Strommenge muss her, am besten schnell! Aber haben wir nicht bereits eine Stromlücke? Wir sollen ja noch die Kernkraftwerke abstellen. Kein Hinderungsgrund: Milliarden Subventionen und Generalvollmachten des Bundes sollen den aggressiven Umbau möglich machen. Dass in Bern soeben grosse Gaskraftwerke beschlossen wurden, wird vertuscht. Dagegen ist das im

Notrecht erbaute Gaskraftwerk Birr, welches pro Tag gleich viel CO₂ in die Luft bläst wie die mit Gas beheizte Stadt Zürich, ein Klacks. Um das schlechte Gewissen zu beruhigen, weil die Energiestrategie nicht aufgeht, musste eine Grosssolar-Offensive her. Gleich 100 Grosssolarkraftwerke sollen in die Alpen gepflastert werden, stark subventioniert und mit begrenzten Einsprachemöglichkeiten. Dumm, dass das Aushängeprojekt Grengiols (VS) wegen Umweltbedenken blockiert wurde. Also flüchtet man in enorme Windpärke in den Alpen. Die Kantone werden verpflichtet, Zonen auszuscheiden, Graubünden hat dies pflichtbewusst mit 25 Standorten gemacht. So soll das «Rheintal Untervaz–Igis» überbaut werden, im Lugnez soll trotz Nein der Bevölkerung ein Windpark entstehen. In Scuol wird der Windpark gleich oberhalb des Dorfes entstehen, ähnlich in Davos und Arosa. Sogar im Val Müstair spricht plötzlich niemand mehr vom Schutz von Bartgeiern oder Heuschrecken. Hier soll eine Grosssolaranlage und ein Windpark gleich oberhalb Lü entstehen. Die gesamte zusätzliche Windproduktion wird mit nur 400 GWh/Jahr ausgewiesen, ein vernachlässigbarer Beitrag an die Stromlücke. Damit alles schnell realisiert wird, wird in Bern nun noch die Bewilligungskompetenz der Gemeinden für solche Projekte wegbedungen. Die Parks sind hochsubventioniert, einen Wind- oder Solarzins für Gemeinde oder Kanton sucht man vergeblich. Dafür müsste die Verfassung geändert werden, was Zeit benötigt. Täglich wird mit dringlichen Bundesbeschlüssen, Notverordnungen und Generalkompetenzen im Energiebereich hantiert.

Ausserhalb von Bern (auch in Graubünden) werden die Bürger eines Tages erwachen, sich erstaunt die Augen reiben und sich fragen, wie es dazu kommen konnte, dass unsere Landschaften

zugebaut, unsere Bundeskasse leer, unsere Ersparnisse für neue Heizungen und Autos weg sind und wir trotzdem mehr CO₂ ausstossen, nicht genügend Strom haben und auch noch viel mehr für die Energie bezahlen. Wollen wir das wirklich? Wenn nicht, dann müssen Sie in einem ersten Schritt am 18. Juni Nein zum Klimaschutzgesetz stimmen.

**Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.*

